

Das 21. Jahrhundert hatten die Vereinigten Staaten als unangefochtene Weltmacht betreten. Der alte Rivale Sowjetunion war zerfallen, sein Rechtsnachsfolger Russland ein Schatten vormaliger Größe. Chinas Wirtschaftskraft machte trotz starken Wachstums nur ein Neuntel der amerikanischen aus und lag auf dem Niveau Italiens. Europa hatte es sich in der amerikanischen Schutzzzone komfortabel eingerichtet und frönte Binnenprojekten. Washington erschien als gültige Vormacht, von der keine Gefahr ausging und gegen die sich niemand ernsthaft auflehnen wollte und konnte.

Die amerikanische Wirtschaft brumme, es herrschte Vollbeschäftigung, die Dotcom-Euphorie befeuerte Silicon Valley und Wall Street. Im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2000 stritten der Demokrat Al Gore und der Republikaner George W. Bush darüber, wie man die rapide wachsenden Haushaltsüberschüsse am besten ausgeben solle – für das Rückzahlen der Staatsschuld, für Steuererleichterungen oder für Infrastruktur- und Sozialprojekte? Der „unipolare Moment“, also der Augenblick uneingeschränkter amerikanischer Vorherrschaft, von dem der Journalist Charles Krauthammer nach dem Ende des Kalten Kriegs gesprochen hatte, schien „the new normal“, die neue Normalität der globalen Ordnung. Amerika stand im Zenit seiner Macht.

Der Terroranschlag vom 11. September 2001, genauer: die amerikanische Reaktion auf 9/11, veränderte alles. Nach der Vertreibung der Taliban und dem vermeintlich leichten Regimewechsel in Afghanistan führte Präsident Bush, getrieben von einem Mix aus Sicherheitsparanoia, Hybris und Allmachtsphantasien, sein Land in die Invasion des Iraks. Der Krieg war schwieriger und zermürbender als von der Regierung erwartet. Fast 4500 Amerikaner starben in einem Krieg, der eine Billion Dollar verschlang und sechs Jahre lang die außenpolitische Energie Washingtons absorbierte. Alte Verbündete wandten sich von den Vereinigten Staaten ab, Deutschland und Frankreich opponierten sogar offen gegen Washingtons Politik. Amerika erschien nicht mehr als wohlwollender Hegemon, sondern als Hypermacht, die wie ein Elefant durch die Weltpolitik trampelte.

Vor allem zog die Invasion im Irak Aufmerksamkeit und Ressourcen vom Kampfschauplatz Afghanistan ab. Die Folge: Auch dieser Krieg wurde länger und teurer als nötig. Die Folterexzesse von Abu Ghraib und Guantánamo, das Waterboarding und die Geheimgefängnisse erschütterten das moralische Ansehen Amerikas. Zwar bemühte sich Bush in seiner zweiten Amtszeit, die Auswüchse seines Anti-Terror-Kampfs einzudämmen und multilateral zu agieren, aber es gelang ihm nur ansatzweise, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. 2008 versetzte die Finanz- und Wirtschaftskrise Amerika einen weiteren Tiefschlag. Das Bruttoinlandsprodukt brach so stark ein wie seit der Großen Depression der 1930er Jahre nicht mehr, der Nimbus von der Überlegenheit des amerikanischen Wirtschaftssystems war dahin.

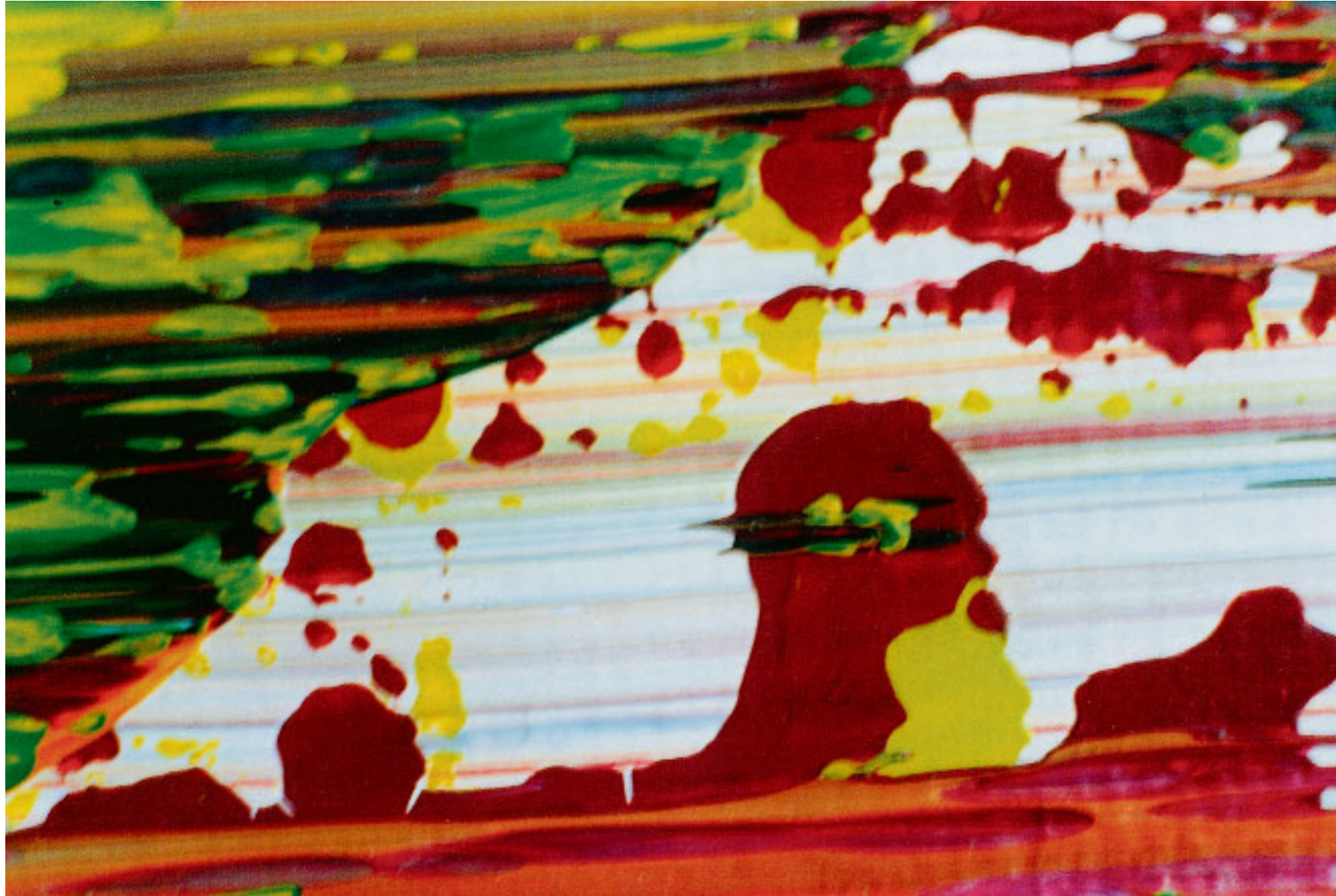
Die Amerikaner wählten Barack Obama 2008 ins Präsidentenamt, damit er die Hinterlassenschaft seines Vorgängers bewältige und sich stärker um die Innenpolitik kümmere. Obama tat genau das: Mit dem größten Konjunkturprogramm der Geschichte verhinderte er gemeinsam mit der Notenbank den Absturz des Landes in eine lange Rezession, seine Gesundheitsreform bot Millionen Landsleuten erstmals Versicherungsschutz. Obama wickelte 2011 den Krieg im Irak ab und, nach einer letzten Kraftanstrengung, 2014 auch den Kampfeinsatz in Afghanistan. Zwar war Obama nie ein Pazifist, der Krieg aus ethischen Erwägungen ablehnte, wie viele seiner linken Unterstützer hofften. Aber er stand unilateraler Militärinterventionen skeptisch gegenüber, vor allem, wenn sie nicht gegen direkte Bedrohungen für die Sicherheit der Vereinigten Staaten richteten.

Sattdessen setzte Obama auf Verhandlungen, Drohneneinsätze und die Strategie des, wie es ein Mitarbeiter im Weißen Haus nannte, „leading from behind“, des Führens aus dem Hintergrund. Gegenüber Iran strebte er nach einer diplomatischen Lösung des Atomkonflikts, im libyschen Bürgerkrieg unterstützte er Frankreich und Großbritannien beim Schutz der Zivilbevölkerung vor aus der zweiten Reihe, in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik überließ er Paris den Einsatz gegen islamistische Rebellen. Auch in den syrischen Bürgerkrieg griff er nicht militärisch ein. Selbst als der syrische Diktator Baschar al Assad im Sommer 2013 Chemiewaffen einsetzte, hielt sich Obama zurück – obwohl er dies zu Beginn des Konflikts als „rotte Linie“ bezeichnet hatte. Mit der Reduzierung der militärischen Rolle in der Welt, die der Präsident seinem Land verordnete, fand er sich im Einklang mit seiner Bevölkerung. Ende 2013 meinten 52 Prozent der Amerikaner, die Vereinigten Staaten sollten sich um sich selbst kümmern und andere allein zurecht kommen lassen. Seit den ersten Umfragen im Jahr 1964 hatten sich niemals mehr Bürger so isolationistisch geäußert.

Bis zu einem gewissen Grad war der Rückzug Amerikas aus der Weltpolitik ohne Alternative. Nach der „imperialen Überdehnung“, also der Überforderung ihrer außenpolitischen Ressourcen, durch den Krieg gegen den Terror und angesichts der wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme benötigten die Amerikaner eine Phase der Neuordnung ihrer Prioritäten und der ökonomischen Erholung. Aber Obama übertrieb es mit seiner Zurückhaltung. Oft schien er nicht abwägend, son-

Was getan werden muss

Warum die Vereinigten Staaten außenpolitisch an Einfluss verloren haben, aber die mit Abstand wichtigste Macht in der Welt bleiben werden. Eine Analyse und sechs Thesen nach dem 13. November 2015 von Professor Dr. Stephan Bierling



dem desinteressiert, zögerlich, risikoscheu bis hin zur Führungsschwäche.

Viele Bündnispartner verloren das Vertrauen in Washington, ob sie ihnen im Ernstfall zu Hilfe eilen und ihre Bestandspflichten einhalten würden. Zugleich ermunterte der amerikanische Rückzug Rivalen und Terrorgruppen, in das Vakuum vorzustößen und zu testen, inwieweit sie ihre Machtansprüche durchsetzen konnten. Dass Obama Ankündigungen oft keine Taten folgen ließ und Fehlverhalten nicht bestraft wie im Fall des syrischen Giftgas Einsatzes, verstärkte Zweifel an Amerikas Handlungsbereitschaft. Im Mittleren Osten, etwa in Israel, Saudi-Arabien und den Golfseichtümern, schwand das Vertrauen in die Zusagen Washingtons, Iran notfalls militärisch am Bau von Nuklearwaffen zu hindern, sollte das Atomabkommen nicht zustande kommen. Und während Pekings seine Ansprüche auf Inseln im ost- und südchinesischen Meer immer aggressiver vertrat, wuchsen in Japan, den Philippinen oder Indonesien die Zweifel, ob sich Washington dem chinesischen Expansionismus in den Weg stellen würde.

Damit stehen nicht nur die Interessen langjähriger Verbündeter und Partner der Vereinigten Staaten zur Disposition, sondern die gesamte internationale Ordnung. Ihr Kennzeichen war seit Ende des Zweiten Weltkriegs, dass Amerika einer Veränderung des Status quo entgegentrat und damit die Sicherheit seiner Partner garantierte. Sollten diese Staaten ihren Glauben in die amerikanischen Schutzzusagen verlieren, müssten sie ihre Sicherheitsinteressen zwangsläufig selbst wahrnehmen. Der Erwerb von Atomwaffen durch Japan, Südkorea, Saudi-Arabien oder Ägypten wäre ein mögliches Szenario. Damit könnten Säulen der internationalen Ordnung wie die Nichtverbreitung von Atomwaffen und das Verbot gewaltsamer Grenzrevision ins Wanken geraten, neue Rüstungswettläufe beginnen und sich die Sicherheitspolitik reationalisieren. Die Welt würde chaotischer und gefährlicher. Gerade Deutschland und die EU, die auf stabile Absatzmärkte und offene Handelswege angewiesen sind und brutale Machtpolitik à la Wladimir Putin oder Assad militärisch wenig entgegenzusetzen haben, wären die Hauptleidtragenden einer solchen Entwicklung.

Aber das außenpolitische Pendel, das mit Bush in Hyperaktivismus und mit Obama in Lethargie ausschlug, kehrt langsam wieder in die Mitte zurück. Obama entdeckt gerade die internationale Politik. Seit der Kongresswahl im November 2014 agiert der Präsident aktiver und nutzt die Kompetenzen seines Amtes, um außenpolitische Richtungsentscheidungen zu treffen. Er belässt auch nach dem Ende der Isaf-Mission 10 000 Soldaten in Afghanistan zum Kampf gegen die Taliban, er beendet die mehr als 50 Jahre dauernde Eiszeit mit der kommunistischen Führung in Havanna, er hat den Abschluss eines Atomabkommens mit Iran forciert, er betreibt den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Pazifik-Anrainern und der EU, er lässt die US-Umweltbehörde per-

dekret die Richtlinien für den Schadstoffausstoß für Kraftwerke verschärfen, um die Klimaerwärmung einzudämmen. Amerika mischt nach Jahren der Paralyse wieder mit in der internationalen Politik.

Natürlich ist die Stellung der Amerikaner nicht mehr so unangefochten wie früher. Das liegt zum einen an Fehlern der letzten beiden Präsidenten, zum anderen haben sich die Rahmenbedingungen für weltpolitische Führung erheblich gewandelt. Neue und alte Rivalen der Vereinigten Staaten melden ihre Ansprüche auf Einflusszonen an. China nutzt seine wirtschaftliche und militärische Kraft, um Regierungen in Asien, Lateinamerika und Afrika auf seine Seite zu ziehen und Territorialgrenzen zu verschieben. Russland sucht Zuflucht in einer aggressiven Außenpolitik in der Tradition der Sowjetunion, um Abstiegssängste und Minderwertigkeitskomplexe zu kompensieren. Mittlere Nationen wie Iran, Saudi-Arabien, die Türkei oder Venezuela, die in der Zeit des Kalten Kriegs die Dominanz der Supermächte akzeptierten, streben nun nach einer Vormachtrolle in ihrer Region. Zerfallende Staaten wie Somalia, Libyen, der Jemen oder Syrien werden zur Basis für kriminelle und terroristische Gruppen, die Nachbarländer und Handelswege destabilisieren. Terrororganisationen wie Al Qaida und der „Islamische Staat“ (IS) können mit traditioneller Militärgewalt geschwächt, aber nicht ausgemerzt werden. Guerrillataktiken und asymmetrische Kriegsinstrumente wie improvisierte Sprengsätze, Autobomben und Selbstmordattentate machen selbst modernste Armeen verwundbar. Alles zusammen führt dazu, dass sich Ordnung in der Welt heute schwerer herstellen lässt als vor zwanzig Jahren – und schon gar nicht von einem Staat allein, selbst wenn er der mächtigste ist.

Der „unipolare Moment“ Amerikas in der Weltpolitik war also eine Anomalie im internationalen System, er wird nicht zurückkehren. Jedoch ist in der internationalen Politik alles relativ. Relativ gesehen, stehen die Amerikaner im Herbst 2015 deutlich besser da als ihre Mitbewerber um Macht und Einfluss. Washington hat seit 2001 außenpolitische Energie, ökonomische Ressourcen und internationalen Goodwill vergeudet. Aber der russische Krieg gegen die Ukraine und die chinesische Aggression in der ost- und südchinesischen See zeigen, dass auch andere Nationen strategische Fehler begehen. Ohne demokratische Kontrolle und regelmäßige Regierungswechsel fällt es Moskau und Peking zugleich schwerer als Washington, einen einmal eingeschlagenen Irrweg zu korrigieren. Russland demonstriert gerade in der Ukraine-Krise, wie Machtgier und Starrköpfigkeit einer Führungselite die eigentlichen Interessen der Nation beschädigen. Und die unbeholfene Reaktion auf den Aktieneinbruch in China unterhöht den Glauben an die angebliche Unfehlbarkeit der Pekinger Führung.

Die Vereinigten Staaten werden jedoch nicht allein aufgrund der Fehler der Rivalen auf absehbare Zukunft der zentrale globale Akteur bleiben. Vielmehr verfü-

gen sie über strukturelle Vorteile für eine Weltmachtrolle, die den Konkurrenten fehlen.

Erstens ist das Land in einer einzigartigen geographischen Lage. Geschützt von zwei Ozeanen und mit zwei freundlichen, militärisch schwachen Nachbarn an ihrer Nord- und Südgrenze droht den Vereinigten Staaten auf dem eigenen Kontinent keine Gefahr. Sie können sich dank dieses geopolitischen Glücksfalls freier als andere Mächte entscheiden, in welchen Regionen und Konflikten sie sich engagieren. Auch gibt es keine angrenzenden Staaten, die jeden Machtgewinn misstrauisch beäugen und gegen sie aufrüsten oder Allianzen bilden. Wenn hingegen die Landmächte China oder Russland ihren außenpolitischen Einfluss auszudehnen versuchen, müssen sie stets mit dem Widerstand ihrer Nachbarn rechnen – und kein Staat auf der Welt hat davon mehr als diese beiden. Je brutaler Moskau und Peking ihre Gebiets- oder Machtansprüche durchsetzen, desto stärker wird dieser Widerstand ausfallen. Für jeden Staat, der Weltmacht werden oder zumindest die amtierende herausfordern will, gilt jedoch: Wer seine Peripherie nicht kontrolliert, wird dauerhaft keine aktive globale Rolle spielen können. Das hat Großbritannien im 18. und 19. Jahrhundert vorgemacht, als es dafür sorgte, dass sich alle kontinentalen europäischen Rivalen gegenseitig neutralisierten. Das hat auch die Sowjetunion gezeigt, als sie die Anrainerstaaen entweder in das eigene Staatswesen absorbierte oder sie als Satelliten unterjochte.

Zweitens sind die Amerikaner nach wie vor die größte Militärmacht der Welt. 2014 kamen sie für 41 Prozent der globalen Verteidigungsausgaben auf. Zwar sinkt dieser Anteil im Zuge der Einschnitte in den Militärhaushalt und der schnellen Aufrüstung Chinas und Russlands seit einigen Jahren. Aber die Vereinigten Staaten dürften ihren quantitativen und qualitativen Vorsprung zumindest auf zentralen militärischen Feldern bewahren. Immer noch stehen dem Pentagon im Jahr 65 Milliarden Dollar für Forschung und Entwicklung zur Verfügung – das entsprach dem gesamten offiziellen russischen Verteidigungshaushalt 2014. Überhaupt haben die Amerikaner zwei Jahrzehnte Vorsprung bei der Entwicklung von Aufklärungs- und Kampfdrohnen, die so autonom agieren, dass sie kein Feind mehr zu stören vermögen. Einige dieser Technologien werden für den Bau von Unter-Wasser-Drohnen einsetzbar sein, die künftig Minen räumen und gegnerische U-Boote jagen. Selbst die für gegnerische Raketenangriffe anfälligen Flugzeugträger sollten dank neuer Abwehrsysteme relevant bleiben. Amerika unterhält davon zehn, China und Russland jeweils nur einen. „Supermacht“ wurde bisweilen definiert anhand der Fähigkeit, überall auf dem Globus innerhalb von 24 Stunden eingreifen zu können. Die Vereinigten Staaten sind der einzige Staat, der dazu auf absehbare Zeit in der Lage sein wird.

Drittens haben die Amerikaner eine große Zahl Verbündeter: es sind die 28 Mitglieder der Nato, hinzu kommen individuelle Partner wie Japan, Südkorea, die Philippinen, Australien, Neuseeland oder Israel. Sie bieten Amerika Basen, militärische Unterstützung oder politische Rückendeckung. Insgesamt kommen die Partner für 30 Prozent der weltweiten Verteidigungsausgaben auf. Dagegen haben die wichtigsten Konkurrenten kaum erwähnenswerte Verbündete. Politisch kann sich China im Ernstfall vielleicht auf Nordkorea, Pakistan und ein paar lateinamerikanische und afrikanische Diktaturen verlassen. Für Russland gilt dasselbe: Nach der Annexion der Krim hielten Putin gerade einmal zehn der 193 UN-Mitglieder die Stange, darunter Weißrussland, Kuba, Zimbabwe, Nordkorea, Nicaragua und Syrien – keine Länder, mit denen man sich auf der Weltbühne sehen lassen will.

Trotz einer gewissen Kooperation gegen Amerika stehen sich Peking und Moskau als Rivalen gegenüber. Die von ihnen als Konkurrenz zu westlichen Organisationen gegründeten Gremien wie der Shang-hai-Kooperationsrat und die Eurasische Wirtschaftsunion sind Hüllen ohne Inhalt. Die Treffen der Brics-Staaten, der großen Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, bleiben trotz Pomps folgenlos – es fehlt eine gemeinsame Agenda. Schließlich treibt Russlands aggressives Verhalten in Osteuropa und dasjenige Chinas in der ost- und südchinesischen See verunsicherte Länder wie Schweden, Finnland, Vietnam, Indonesien oder Malaysia an die Seite Washingtons. Sie alle sehen in den Vereinigten Staaten eine Schutzmacht und ihre Sicherheitsgarantie als die verlässlichste Währung in der internationalen Politik.

Viertens gewinnt Amerika an ökonomischer Stärke zurück. Die Vereinigten Staaten haben die Finanz- und Wirtschaftskrise besser als befürchtet bewältigt, in Zukunftsbranchen wie der Informations- oder Biotechnologie sind sie führend in der Welt. Die Privathaushalte und Unternehmen profitieren von niedrigen Energiepreisen, weil die Fördermethode des Frackings riesige neue Gas- und Ölrovorräte im Lande erschließt. Schon heute sind die Vereinigten Staaten der größte Ölproduzent der Welt. Dank forschungsstarker Spitzenuniversitäten und einwandernder Fachkräfte bleiben die Aussichten für langfristiges Wachstum positiv.

So gründeten Einwanderer zwischen 1995 und 2005 mehr als die Hälfte aller Start-ups im Silicon Valley, 21 Prozent der 500 am schnellsten wachsenden amerikanischen Unternehmen werden von CEOs geführt, die nicht in den Vereinigten Staaten geboren sind. Schließlich verzeichnen die Amerikaner im Vergleich mit allen Konkurrenten die höchste Geburtenrate. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 gebären eine Amerikanerin 1,9 Kinder, eine Chinesin und eine Russin nur je 1,7. Die jüngste UN-Prognose, die erwartete Immigrantenzahl addiert, sieht die Einwohnerzahl Amerikas von heute 322 Millionen auf 389 Millionen im Jahr 2050 steigen, die Russlands von 143 auf 128 Millionen

und die Chinas von 1376 auf 1348 Millionen zurückgehen. Staaten mit schrumpfender und vergeissender Bevölkerung dürfen es schwer haben, weltwirtschaftlich oder weltpolitisch eine dominierende Rolle zu spielen.

Fünftens gibt es keine Macht und keine Gruppe von Mächten, die die Vereinigten Staaten ersetzen könnten. Die EU, obwohl wirtschaftlich ähnlich stark wie Amerika, ist außen- und sicherheitspolitisch uneinig und handlungsschwach. China muss sich gerade von den exorbitanten Wachstumsraten der vergangenen drei Jahre verabschieden und hat mit Japan, Indien, Vietnam oder Indonesien viele Nachbarn, die sich durch seinen Aufstieg bedroht fühlen und den Einfluss Pekings eindämmen wollen. Russland kann vielleicht kleinere angrenzende Staaten wie Georgien oder die Ukraine militärisch und energiepolitisch bedrängen, aber seine Wirtschaft ist völlig von Öl- und Gasexporten abhängig und international bis auf Waffenexporte nicht wettbewerbsfähig. Brasilien, Indien und Südafrika, die drei demokratischen Mitglieder der Brics-Gruppe, haben ebenfalls massive strukturelle Probleme: Ihre Regierungen sind ineffektiv, das Bildungssystem ist miserabel, die Korruption blüht. Auch waren sie bisher kaum bereit, regional oder global Verantwortung zu übernehmen. Die meisten Staaten, auch einige, die das 2003 im Streit über den Irak-Krieg anders sahen, würden wohl lieber unter einer Pax Americana leben als unter einer Pax Russica oder einer Pax Sinica.

Sechstens bleibt den Vereinigten Staaten trotz Abu Ghraib oder Guantánamo immer noch ihre „weiche Macht“, wie der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye die Fähigkeit nennt, andere Akteure durch die Attraktivität des eigenen Gesellschaftssystems dazu zu bringen, das zu wollen, was man selber will. Das britische Magazin „Monocle“ untersucht jedes Jahr, welche Nation die größte kulturelle, technologische und politische Anziehungskraft besitzt. Der Sieger 2014: die Vereinigten Staaten. Der „American Way of Life“, individuelle Freiheit, Konsumkultur, das Silicon Valley und Hollywood sind weiter Traum und Trendsetter weltweit. Zwar sind die Effekte weicher Macht nicht oft klar zu bestimmen, aber ein hohes Ansehen kann andere außenpolitische Ziele befördern. Der engagierte Kampf der Präsidenten Bush und Obama gegen Aids und für gutes Regieren in Afrika hat den Vereinigten Staaten dort viel Goodwill eingetragen. Vergleichbares haben weder Russland noch China aufzuweisen.

Alles in allem werden die Vereinigten Staaten in Zukunft nicht mehr so selbstverständlich als Führungsmacht auftreten, wie sie das im Kalten Krieg und in dem Jahrzehnt danach taten. Aber nur die Amerikaner besitzen die Kombination aus militärischer und ökonomischer Macht, aus politischer Erfahrung, gesellschaftlicher Attraktivität und Sendungsbewusstsein, um dem Zerfall der internationalen Ordnung entgegenzuwirken.

Diese Aufgabe am ehesten dann annehmen, wenn sie die Lasten stärker als in der Vergangenheit mit ihren Partnern teilen können. Europa wird schon deshalb öfter allein handeln müssen, weil sich die Amerikaner auf das zentrale außenpolitische Thema konzentrieren: den Aufstieg Chinas. Seit Jahren wendet sich Washington dem pazifischen Raum zu. Botschaften in der Region werden aufgestockt, Militärstützpunkte wie in Guam vergrößert, Basen bei befremdeten Nationen wie Australien errichtet, Flottenverbände verlegt, alte Partnerschaften intensiviert, etwa mit Japan, Australien, den Philippinen, Indonesien oder Singapur, neue begründet, etwa mit Indien, Malaysia oder Vietnam.

Die Europäer sollten sich deshalb politisch und militärisch auf ein Zeitalter vorbereiten, in dem sie den Vereinigten Staaten ihren Wert als Bündnispartner nachweisen müssen, wollen sie sie für eine gemeinsame Stabilitätspolitik gewinnen. Es wird wohl nie wieder wie im Kosovo-Krieg sein, als das amerikanische Militär 85 Prozent der Angriffe auf die serbischen Ziele flog, oder wie in Afghanistan, wo die Amerikaner zwei Drittel der multinationalen Isaf-Truppe stellten. Verbündete, wohlhabende Mittelmächte wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Polen werden gehalten sein, einen größeren Anteil an der Stabilisierung ihrer Weltregion zu übernehmen.

Das Kooperationsmodell der Zukunft dürfte sich am Libyen-Einsatz orientieren, in dem Frankreich und Großbritannien die Führung übernehmen und die Amerikaner Logistik und Munition stellen, oder am Ukraine-Krieg, in dem Obama die Führungsrolle an Deutschland abtrat und Angela Merkel aus der Ferne unterstützte. Für die Europäer heißt das, sich intensiver über Operationen Gedanken zu machen, die sie mit eingeschränkter oder ohne amerikanische Beteiligung durchführen müssen, etwa das Sichern von Seehandelsrouten oder den Kampf gegen islamistische Terroristen, sei es in Nord- und Zentralafrika, sei es im Irak und in Syrien. Von dort wird der Terror, wie es die grauenvollen Anschläge vom 13. November 2015 gezeigt haben, in die Mitte Europas getragen. Ob die Völker und Regierungen dieses Kontinents sich unter dem Eindruck dieser Ereignisse der Selbstverpflichtung des amerikanischen Präsidenten Barack Obama anschließen und „tun, was immer auch getan werden muss, um diese Terroristen zur Verantwortung zu ziehen“, ist eine der entscheidenden Fragen des 21. Jahrhunderts.

◆ ◆ ◆

Der Verfasser lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.

Gerhard Richter, War Cut, 2002, fotografiertes Detail des abstrakten Bildes Nr. 648-2 von 1987 © Gerhard Richter 2015